

Koalitionsvertrag: Deutschland wird ein Stück gerechter!

In Deutschland regiert seit gestern wieder ein wenig politische Vernunft. Die Richtung stimmt. Gut für Deutschland, gut für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Endlich bekommt das ökonomisch stärkste Land in Europa einen gesetzlichen Mindestlohn. Die seit 2006 anhaltende Kampagne des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften hat sich gelohnt. Die Beschäftigten bekommen ihre Würde zurück. Von nun an kann faktisch kein neuer Tarifvertrag mehr unter 8,50 Euro abgeschlossen werden. Die Marke ist gesetzt. Auch wenn er erst 2015 kommt.

Der Mindestlohn bringt 4,1 Millionen regulär Beschäftigte und 5 Million Minijobber, also rund 9,1 Millionen Beschäftigten zusätzliches Netto-Einkommen und damit jährlich 19 Mrd. Euro zusätzliche Kaufkraft für unser Land (siehe Abbildung). Das beflügelt Wachstum, sorgt für neue Jobs und bringt dem Staat zusätzliche Steuereinnahmen. Die Kosten für Aufstocker sinken. Gewinne durch Lohndumping werden eingedämmt.

Doch damit nicht genug: Die Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen stabilisiert unser Tarifsysteem, stärkt die Tarifautonomie und fördert den fairen Wettbewerb. Auch die strengere Regulierung der Leiharbeit und die ersten Regulierungsversuche bei den Werkverträgen gehen in die richtige Richtung.

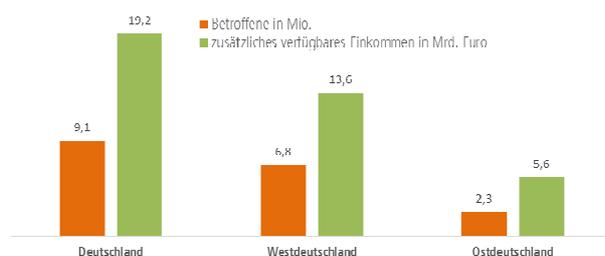
Mit weiteren Maßnahmen, wie dem Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit für Kindererziehung und Pflege und ein Rückkehrrecht auf frühere Arbeitszeit oder der Abbau von Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen, bekommt der deutsche Arbeitsmarkt eine neue Ordnung. Auch in der Rentenpolitik sind wichtige und richtige Weichenstellungen gelegt worden: Die Möglichkeit, mit 63 Jahren bei 45 Beitragsjahren abschlagsfrei

in Rente gehen zu können, bedeutet für viele Beschäftigte faktisch den Verzicht auf die Rente mit 67. Dass Zeiten der Arbeitslosigkeit als Beitragszeiten angerechnet würden, helfe insbesondere Menschen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit.

Anzuerkennen sind Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und die Anrechnung von Kindererziehungszeiten vor 1992, um der massenhaft drohenden Altersarmut entgegen zu wirken. Die Verbesserungen in der Pflege, die Einführung einer Mietbremse und Förderung des Städtebaus sind zu begrüßen. Zur Energiewende werden richtige Themen angesprochen, jedoch bleibt die Gesamtarchitektur vage. Nachbesserungen sind im Gesundheitsbereich, Verkehrsinfrastruktur, Bildungspolitik und Steuerpolitik dringend erforderlich. Auch wenn die Entlastung der Länder und der chronisch unterfinanzierten Kommunen sinnvolle Maßnahmen darstellen, verpasst die Koalition die Chance für einen finanzpolitischen Kurswechsel für mehr Steuereinnahmen durch eine gerechte Besteuerung von Reichen und Vermögenden. In der Europa-Politik ist keine Strategie jenseits von Spardiktat sichtbar.

Trotz einiger zentraler Schwachstellen geht der Koalitionsvertrag in die richtige Richtung. Deutschland wird ein Stück gerechter.

Mindestlohn in Deutschland
Wer profitiert und wie viel?



Quelle: ISP Eduard Pestel Institut für Systemforschung, Hannover Juli 2013